

bedrängten Menschen geholfen, aber Millionen Unschuldiger hinhängen lassen, und keinerlei Protest wurde laut.“ Meitners *cri de cœur*, der an Hahn und damit an die prominentesten Naturwissenschaftler Deutschlands gerichtet war, von denen keiner ein aktives Parteimitglied, keiner in verbrecherische Aktivitäten verwickelt gewesen war, hätte ebensogut der gesamten intellektuellen und geistlichen Elite des Reiches (selbstverständlich mit einigen Ausnahmen) sowie weiten Teilen der Eliten in den besetzten Ländern und den Satellitenstaaten Europas gelten können.

Ein noch beunruhigenderer Aspekt derselben Frage zeichnet sich mit Blick auf die Haltung der christlichen Kirchen ab. In Deutschland hat – wiederum mit Ausnahme weniger, von denen keiner den höheren Rängen der evangelischen oder der katholischen Kirche angehörte – kein protestantischer Bischof, kein katholischer Prälat öffentlich gegen die Vernichtung der Juden protestiert. Als Männer guten Willens wie Bischof Konrad Preysing aus Berlin oder der württembergische Bischof Theophil Wurm, die Stimme der Bekennenden Kirche, angewiesen wurden, ihre Versuche des vertraulichen Protestes einzustellen, fügten sie sich.

Und wenn wir berücksichtigen, dass sich im Allgemeinen – sieht man von begrenzten Protesten in den Niederlanden und von denen einiger französischer Bischöfe ab, die in einigen Fällen widerrufen wurden – die deutsche Situation in den meisten Ländern des besetzten Europas wiederholte, dann erhält diese Frage ihr volles Gewicht. Dass keine nennenswerte Anzahl von Persönlichkeiten, die zur intellektuellen oder geistlichen Elite Europas zählten, öffentlich ihre Stimme gegen die Ermordung der Juden erhob, lässt sich leicht verstehen. Dass auf der gesamten europäischen Bühne nicht einmal einige wenige Stimmen in diesem Sinne laut wurden, ist verwirrend. Dass in Deutschland nicht eine einzige Persönlichkeit von Format bereit war, sich zu Wort zu melden, bleibt ebenso wie zahlreiche andere Aspekte dieser Geschichte eine fortwährende Quelle der Faszinationslosigkeit.

Hans Mommsen

Forschungs- kontroversen zum National- sozialismus

Seit einigen Jahren steht die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit weniger stark im Mittelpunkt der historischen Forschung, während der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet wird, ja als Reaktion auf die Wiedervereinigung geradezu ein Übergewicht der DDR-Forschung zu verzeichnen ist. Dabei scheint die historische Perspektive des Diktaturvergleichs den Blick auf das Alltagsleben und die soziale Lage der Bevölkerung der DDR eher unterbelichtet zu haben, obwohl vor allem Lutz Niethammer und seine Mitstreiter mit der Entfaltung der Oral History wesentlich dazu beigetragen haben, diese Lücke im bislang stark von Westdeutschland her geprägten Bild der DDR auszufüllen.¹

Hans Mommsen

Dr. phil., geb. 1930; em. O. Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum; korrespondierendes Mitglied der British Academy und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; Mitglied der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historiker-Kommission sowie der Weiße-Rose-Stiftung e.V.; Possenhofener Straße 14, 82340 Feldafing. hans.mommsen@t-online.de

Bei der NS-Forschung hingegen ist eine deutliche Schwerpunktverschiebung zu konstatieren. Sie hängt einerseits damit zusammen, dass seit einer Reihe von Jahren die Judenverfolgung und der Holocaust zum zentralen Paradigma der Behandlung des Dritten Reiches geworden sind. Zwar hat sich die so genannte „Täterforschung“ auch auf andere

¹ Vgl. Lutz Niethammer, *Drei Fronten, ein Fehlschlag und das Unbewusste der Aufklärung*, in: Norbert Frei (Hrsg.), *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2006, S. 113 ff.

verfolgte Gruppen, etwa die Sinti und Roma, ausgeweitet, aber im Mittelpunkt steht die Frage nach der direkten und indirekten Beteiligung von Funktionsträgern des Regimes an der Judenvernichtung. Dabei tritt die individuelle Schuld und weltanschauliche Indoktrination in den Vordergrund und wird tendenziell von den politischen Prozessen, die zur „Endlösung“ geführt haben, abgekoppelt. Daraus ergibt sich eine Ex-Post-Sicht, welche die einzelnen Verläufe in einen stufenförmigen Prozess rassenpolitischer Radikalisierung einordnet, der notwendig in der Shoah endet.

Parallel dazu hat sich die Zahl der Studien zur nationalsozialistischen Lagergesellschaft, insbesondere zur Geschichte der Konzentrationslager vervielfacht. Zugleich konzentriert sich die Forschung auf die Instrumente des Terrors. Neben der bahnbrechenden Studie von Michael Wildt über das Personal des Reichsicherheitshauptamtes liegt eine Fülle von Studien zu den einzelnen Apparaten im Bereich von SS und Polizei vor, die eingehende Informationen über die politisch-weltanschauliche Indoktrination der an der Vernichtungspolitik des Regimes aktiv beteiligten Tätergruppen vermitteln. Den Anfang machte die verdienstvolle Untersuchung von Christopher Browning.¹² Zugleich haben sich die verfügbaren Daten über die Repression gegen die Arbeiterschaft, in erster Linie die Zwangsarbeiter, darunter das System der Arbeitserziehungslager, entscheidend erweitert.¹³

Eine ähnliche Ausweitung der Forschung ist auch für andere Politikbereiche zu verzeichnen, so für den Komplex der Euthanasie und der Eugenik. Davon ausgehend liegen aufschlussreiche Studien über die privilegierte Stellung der Ärzte und ihre aktive Unterstützung der Rassenpolitik vor. In den vergangenen Jahren ist auch der bis dahin eher vernachlässigte Bereich der Wissenschaftspolitik als Bestandteil der NS-Politik berücksichtigt worden. Einerseits stellt sich immer klarer heraus, dass sich große Teile der Hochschullehrer und Akademiker, auch wenn sie nicht immer den vorgegebenen Linien der NS-Wis-

¹² Vgl. Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 191 und die „Endlösung“ in Polen*, Reinbek 1993.

¹³ Vgl. Gabriele Lotfi, *KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich*, Frankfurt/M. 2003.

senschaftspolitik zustimmten, in den Dienst der Ostraumexpansion gestellt oder mit dem Programm rassistischer Homogenisierung sympathisiert haben.¹⁴

Die Vorstellung, dass die Wehrmacht sich bis in die letzten Kriegsmonate hinein eine gewisse Autonomie bewahrt und von der verbrecherischen Politik des Regimes freigehalten hat, ist nicht erst durch die Hamburger Wehrmachtsausstellung vollständig widerlegt worden. Von der jüngeren Forschung ist die Mitverantwortung namentlich der Armeeführung im Einzelnen nachgewiesen worden. Auch wohlmeinende Bestrebungen, die Angehörigen der Militäropposition von dem Vorwurf freizusprechen, jedenfalls zunächst die von Hitler proklamierte Linie des „Rassenvernichtungskrieges“ unterstützt und die Tätigkeit der Einsatzgruppen gebilligt zu haben, erwiesen sich als unhaltbar.¹⁵ Vielmehr zeigen jüngste Forschungen, dass die Generalität aus unterschiedlichen Motiven heraus die Vernichtungspolitik gegenüber der Sowjetunion gedeckt und bejaht hat. Prominente Vertreter des „Anderen Deutschland“ waren zumindest anfänglich in die kriminellen Zielsetzungen des Regimes verstrickt, wenngleich sie – allerdings erst sehr spät – den Entschluss zum Bruch mit Hitler und dem Führerstaat fassten.

Funktionalismus vs. Ideengeschichte

Bereits seit den 1960er Jahren hatten sich die zeitgeschichtliche Forschung und Publizistik in Deutschland zunehmend dem Schicksal der Opfer des Regimes zugewandt, wobei dieser Begriff eine zunehmend moralische Färbung gewann und in einem sehr breiten, nicht näher definierten Sinn verwandt wurde. Die Fokussierung des Erkenntnisinteresses auf die vom NS-Regime verfolgten und ideologisch ausgegrenzten Gruppen war mit einer

¹⁴ Vgl. Doris Kaufmann, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Bd. I,1, Göttingen 2000, S. 9–20, sowie Michael Grüttner, *Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus*, in: ebd., Bd. I, 2, S. 557–584.

¹⁵ Vgl. Johannes Hürter, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, München 2006; ders./Felix Römer, *Alte und neue Geschichtsbilder vom Widerstand im Ostkrieg*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 54 (2006), S. 301–322.

Tendenz zur Ausblendung der politischen Prozesse verknüpft. Die Inflation des Opferbegriffs schlug seit den 1990er Jahren in verstärkter Interesse an den verantwortlichen Akteuren um. Den Einsatzpunkt stellte die monumentale Biographie von Ulrich Herbert über Werner Best dar. Fragen zur vergleichenden Typologie und Motivation der Täter traten zunehmend in den Mittelpunkt der Forschung.¹⁶

Zahlreiche jüngere Studien, angeregt von den Arbeiten Herberts, zielen darauf ab, mittels der Aufschlüsselung der Rolle und Motivation der „Täter“ gleichsam das Bewegungsgesetz der NS-Diktatur erfassen zu können.¹⁷ Diese Bestrebungen verknüpfen sich häufig mit einer Kritik an der funktionalistischen Schule, die durch die Hervorhebung struktureller Faktoren dazu tendiere, die schuldhaftige Verstrickung der Handelnden zu verdecken. Dies reicht bis zu dem Vorwurf, die „Funktionalisten“ hätten die Person Adolf Hitler nicht durch benennbare Personen oder Gruppen, sondern durch abstrakte Strukturen ersetzt und Täter und Opfer in gleicher Weise anonymisiert.¹⁸ Damit verbindet sich die Unterstellung, der Funktionalismus sei durch „eine Tendenz zur Entsubstantialisierung der realen Geschichte“ und „eine ostentative Vernachlässigung von Weltanschauung und Ideologie“ gekennzeichnet.¹⁹ Die Kontroverse reicht bis zu dem Vorwurf einer „zweiten Entnazifizierung“ und der zugespitzten Polemik, es dränge sich der Eindruck auf, dass die Schuld Hitlers begrenzt werden solle¹⁰ und dass die Akteure des „Verwaltungsmassensmords“ als „willenlose Objekte“ und „hilflose Befehlsempfänger“ gezeichnet würden.¹¹

¹⁶ Vgl. Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989*, Bonn 2001.

¹⁷ Vgl. Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, Darmstadt 2004.

¹⁸ Vgl. Ulrich Herbert, *The Holocaust in German History. Some Introductory Remarks*, in: Moshe Zimmermann (Hrsg.), *On Germans and Jews under the Nazi Regime*, Jerusalem 2006, S. 74.

¹⁹ Vgl. Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003, S. 513.

¹⁰ Vgl. U. Herbert (Anm. 8), S. 74; N. Berg (Anm. 9), S. 513.

¹¹ Gerhard Paul (Hrsg.), *Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung*, in: ders. (Hrsg.), *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz nor-*

Nimmt man die überschüssige Polemik weg, bleibt die Behauptung, die Funktionalisten hätten einer Beschönigung der NS-Verbrechen in die Hände gearbeitet und der Exkulpierung zahlreicher Funktionsträger des Regimes Vorschub geleistet. Die Zuspitzung von Dan Diner, die Funktionalisten hätten „Verantwortung“ durch „Struktur“ ersetzt,¹² ist jedoch absurd und endet in historischem Personalismus. Der tiefere Grund des Dissenses liegt in der ausgeprägt ideengeschichtlichen Tendenz der von Herbert ins Leben gerufenen Schule, die zugleich moralischen Gesichtspunkten verpflichtet ist.¹³ Doch die zeitgeschichtliche Forschung in Deutschland ist nur in untergeordnetem Maße dafür verantwortlich zu machen, dass die Verfolgung von NS-Verbrechen nur schleppend erfolgte und die Initiative dazu bei der Justiz lag.

Bei allen Verdiensten des biographiegeschichtlichen Zugriffs für ein tieferes Verständnis der Funktionsweise des NS-Herrschaftssystems stößt dieser auf methodische und sachliche Grenzen. Das gilt zunächst für die nur beschränkte Verfügbarkeit biographischer Quellen schon bei Angehörigen der Mittelklasse, während politische Einstellungen und Haltungen von Vertretern der Unterschichten nur ausnahmsweise mit individuellen Zeugnissen rekonstruiert werden können. Wichtiger erscheint, dass der größere Teil gerade der an der Gewaltentfesselung im Regime unmittelbar Beteiligten biographiegeschichtlich kaum erfassbar ist und ihre Handlungen in die Trivialität des Unsagbaren absinken, was exemplarisch in der Studie Karin Orths über die Konzentrationslager zum Ausdruck kommt.¹⁴ Die Täterforschung – etwa in der grundlegenden Untersuchung von Michael Wildt¹⁵ – orientiert sich an

male Deutsche (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Göttingen 2002, S. 20 ff.; Ulrich Herbert, *Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des „Holocaust“*, in: ders. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945*, Frankfurt/M. 1998, S. 21.

¹² Vgl. N. Berg (Anm. 9), S. 566.

¹³ Herbert verweist nachdrücklich auf die Ursprünge Bests im völkischen Lager, um dessen Rolle im SS-Apparat zu erklären.

¹⁴ Vgl. Karin Orth, *Die Konzentrationslager der SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien*, Göttingen 2000.

¹⁵ Vgl. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

einem bestimmten Typus des NS- und SS-Funktionärs, der in der Regel einen akademischen oder doch intellektuellen Hintergrund hat. In der Masse der Fälle lassen sich über politisch-weltanschauliche Handlungsmotive jedoch keine hinreichenden Aussagen machen,¹⁶ und es stellt sich ohnehin die Frage, welche Relevanz ihnen zukommen würde.

Ungeachtet der beträchtlichen Leistungen, welche die „Täterforschung“ aufzuweisen hat, ist doch unverkennbar, dass sie an Grenzen stößt, die nicht dem Mangel an biographischen Informationen zuzuschreiben sind. Schon der Begriff des „Täters“ umgreift einen Typus, der in den weltanschaulich aufgeladenen bürokratischen Apparaten des Regimes anzutreffen ist, aber auf die „Macher“ im engeren Sinne – die hohen NS-Chargen – kaum angewandt werden kann, deren intellektuelle und menschliche Mediokrität sich einer sinnvollen biographischen Darstellung entzieht. Das Medium der historischen Biographie erscheint daher nur bedingt geeignet, die politisch-gesellschaftlichen Strukturen des Dritten Reiches aufzuschlüsseln, die durch eine systematische Erosion der Autonomie der Individuen zugunsten von deren instrumenteller Verfügbarkeit für die Zwecke des Regimes gekennzeichnet sind. Für die NS-Herrschaft ist es gerade charakteristisch, dass Täter durchweg als Kollektive, jedenfalls stets in bürokratischen oder kameradenhaften Zusammenhängen handeln, hinter denen die individuellen Charaktere zurücktreten.

Als ursprünglich primär juristisch determinierte Kategorie zielt der Täterbegriff auf ein sachlich abgrenzbares und individuell verantwortliches Handeln. Neben der Ermordung von Juden, Sinti und Roma stehen die Euthanasie, Menschenversuche und die Verbrechen in den Konzentrationslagern und den Repressionsapparaten des Sicherheitsdienstes, der Ordnungspolizei und der Zivilverwaltung im Vordergrund. Die zahlreichen neueren Arbeiten zu diesem Bereich¹⁷ haben dazu beigetragen, das extreme Ausmaß der Kriminalisierung der NS-Gesellschaft aufzudecken und

¹⁶ Vgl. Dieter Pohl, Die Ermordung der Juden im Generalgouvernement, in: U. Herbert (Anm. 11), S. 110 ff.

¹⁷ Vgl. Gerhard Paul, Einleitung, in: ders. (Anm. 11); Michael Mallmann/Gerhard Paul, Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung, in: dies. (Anm. 7), S. 1–32.

der älteren Vorstellung den Boden zu entziehen, nach der die Verbrechen des Regimes nur von kleinen Minderheiten im Umfeld der SS begangen worden seien. Sie zeigen zugleich, dass von einem einheitlichen Tätertypus nicht gesprochen werden kann und dass die politische Sozialisation der Vollstrecker in den Apparaten der SS, Polizei und NSDAP den maßgeblichen Faktor für die Bereitschaft darstellte, sich in den Dienst der Vernichtungspolitik zu stellen, während die völkisch-ideologische Vorprägung in der Weimarer Zeit nur von untergeordneter Bedeutung ist. In seiner Untersuchung des Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes gelangt Michael Wildt zu dem Resultat, dass der strukturelle Einfluss der „SS-Weltanschauungsbürokratie“ maßgebend war, um die Täter zum ihnen abverlangten Mordhandwerk zu motivieren.¹⁸

Der methodische Zugriff, mittels einer vergleichenden Biographieforschung und eines wie auch immer differenzierten Täterbegriffs die für die NS-Diktatur charakteristische Gewalteskalation und Entgrenzung des Verbrechens zu erklären, ist daher nur begrenzt ergiebig. Die Dynamik des Prozesses kumulativer Radikalisierung, die für das NS-System kennzeichnend ist, gerät dabei nicht in den Blick, und die Analyse der engeren Führungsgruppe ergibt ein eher einförmiges Bild. Insofern bietet die Täterforschung keine Alternative, sondern nur eine Ergänzung der funktionalistischen Methode, die die zerstörerische Dynamik des NS-Herrschaftssystems strukturell und nicht allein ideologisch zu erklären sucht.

Die Täterforschung ist in der Regel mit einer Hervorhebung der weltanschaulichen Faktoren verbunden, und sie hat das Verdienst, nachgewiesen zu haben, dass gerade in den Verfolgungsapparaten extrem antisemitische Einstellungen handfest gewirkt haben, wie umgekehrt die Funktionalisten dazu neigten, in der Gegenbewegung zur herrschenden Meinung den ideologischen Faktor gegenüber den systemischen und bürokratischen Bedingungen zu gering einzuschätzen. Mittlerweile haben sich in der Forschung die Standpunkte angenähert, denn es ist evident, dass weltanschauliche Motive für sich nicht ausreichen, die Eskalation der Vernichtung

¹⁸ Vgl. M. Wildt (Anm. 15), S. 856 ff.

voranzutreiben. Um die tödliche Interaktion zu beschreiben, die sich seit 1941 zwischen den lokalen Machthabern und dem Reichssicherheitshauptamt vollzog, bedarf es einer Analyse des komplexen Zusammenwirkens rivalisierender Instanzen, auch wenn sich vor Ort ein Zusammengehen aufdrängte.¹⁹

Kumulative Radikalisierung

Michael Wildt hat in seiner eindrucksvollen Analyse der „Generation des Unbedingten“ ein faszinierendes Psychogramm der Führungsgruppe des Reichssicherheitshauptamtes erstellt. Im Unterschied zu den politischen „Hoheitsträgern“, also der engeren Funktionselite der Partei, zeichnet sich der in den Apparaten der SS herangezüchtete Tätertypus durch technokratische Effizienz und bürokratische Disziplin aus. Er arbeitet den Typus einer spezifischen „Weltanschauungsbürokratie“ heraus, deren besondere Mentalität dem kontinuierlichen Radikalisierungsprozess sowohl bezüglich der Herrschaftsmethoden wie der langfristigen Zielsetzungen zugrunde liegt, und erhebt den Anspruch, damit die „Kontroverse um Intention und Funktion“ auflösen zu können.²⁰ Doch handelt es sich bei der Mentalität des SS-Führungskorps um einen Sonderfall der sich in den NS-Führungsgruppen durchsetzenden Bindungslosigkeit und Amoralität, die in den von Hitler gefeierten neuen Führertypen im Osten kulminierte.²¹

Die diversifizierte Forschung des vergangenen Jahrzehnts vermittelt den Eindruck einer gewissen inneren Kompaktheit des NS-Regimes, dem es gelang, fast alle Politikbereiche ideologisch zu durchdringen. Dabei tritt der hochgradig fluktuierende Charakter der NS-Politik unterhalb der ideologischen Fernziele allzu leicht in den Hintergrund. Denn der inneren Stabilisierung des NS-Herrschaftssystems bis 1938/39 folgt mit dem Ausbruch und der Ausweitung des Zweiten Weltkrieges eine schleichende Auflösung des zentralen Regierungsapparates, der in der letzten Phase

¹⁹ Vgl. D. Pohl (Anm. 16), S. 113 f.

²⁰ M. Wildt (Anm. 15), S. 856 f.

²¹ Vgl. Hans Mommsen, Der Krieg gegen die Sowjetunion und die deutsche Gesellschaft, in: Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), Präventivkrieg. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2000, S. 65 f.

des Krieges in eine zunehmende Überschneidung der Kompetenzen zwischen innerer und allgemeiner Verwaltung, Parteiapparat, Reichssicherheitshauptamt und Sonderverwaltungen überging.²² Abgesehen davon ist das Ausmaß von Improvisation, von unkontrolliertem Wildwuchs der Sonderverwaltungen und der allenthalben um sich greifenden ungeheuren Korruption schwerlich zu unterschätzen.²³ Von den unerhörten zerstörerischen und verbrecherischen Auswirkungen der NS-Politik darf nicht auf deren innere Rationalität und Konsistenz geschlossen werden, wie überhaupt deren kurzfristig ephemerer Charakter allzu leicht übersehen wird.

Mit der Fokussierung der Forschungsdiskussion auf die Implementierung des Holocaust und die Vernichtungspolitik gegen „Fremdvölkische“ ist die Frage nach den Ursachen der sich ständig steigernden Dynamik des Herrschaftssystems eher in den Hintergrund getreten. Die nach und nach alle Politikfelder erfassende weltanschauliche Durchdringung erklärt zwar, warum sich gegen die Vernichtungspolitik des Regimes keine signifikanten Widerstände bei den traditionellen Eliten wie bei den gemäßigt eingestellten Mitgliedern der NSDAP und ihrer angegliederten Verbände einstellten. Aber die Ursachen des kumulativen Radikalisierungsprozesses, der das NS-System kennzeichnet, sind nicht einfach auf ideologische Fanatisierung zu reduzieren. Damit sich die Propaganda „beim Wort nehmen“ konnte, also ideologische Fernziele in reales politisches Handeln umgesetzt wurden, bedurfte es spezifischer, im politischen System selbst angelegter Faktoren.²⁴

In den vergangenen Jahren ist diese Radikalisierung überwiegend auf Hitlers weltanschaulichen Fanatismus und auf dessen direkte und indirekte Eingriffe zurückgeführt worden. Dies ist die Quintessenz zweier sonst so unterschiedlich ausgerichteter Ge-

²² Vgl. den Überblick bei Dieter Rebenisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S. 499 ff., S. 533 ff.

²³ Vgl. vor allem Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt/M. 2004.

²⁴ Diese Formel findet sich bei Martin Broszat, Soziale Motivation und Führerbindung im Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988, S. 32 f.

samtanalysen wie Saul Friedländers ein-drucksvollem Werk zur Geschichte des Ho-locaust und Richard Evans Geschichte des Dritten Reiches.¹²⁵ In beiden Darstellungen geht die Triebkraft des Geschehens primär von Hitler aus, wenn auch ideologische bzw. antisemitische Voreinstellungen in der Bevöl-kerung komplementär einwirkten. Der ent-scheidende Faktor liegt nach Friedländer in der „persönlichen Wirkung“ Hitlers und des-sen „zwanghaftem Antisemitismus“, der auf eine in Deutschland schon länger herausgebil-dete „antijüdische Kultur“ getroffen sei. Er greift auf die im Sinne seiner übergreifenden Interpretation nach nicht unbedingt notwen-dige Auffassung zurück, Hitler habe am 12. Dezember 1941 einen umfassenden Befehl zur Implementierung der Shoah gegeben.¹²⁶

Gleichwohl wird die Frage, in welchem Umfang Hitler – ungeachtet seiner uneinge-schränkten Vetomacht – den politischen Ent-scheidungsprozess der letzten Jahre des Regi-mes maßgebend geprägt hat und wie stark der Anteil nachgeordneter Machträger, nicht zu-letzt Heinrich Himmlers gewesen ist, nach wie vor unterschiedlich beurteilt. In seiner Hitler-Biographie hat Ian Kershaw das Wech-selverhältnis zwischen den politischen Initia-tiven des Diktators und den Erwartungshal-tungen seiner Anhänger betont und damit den Ansatz Martin Broszats fortgeführt, nach dem dieser, indem er sich an vorherrschende Ressentiments und Stimmungen anpasste, als Produkt der ihn umgebenden Gesellschaft betrachtet werden müsse.¹²⁷ In der Tat besteht weitgehende Einigkeit in der Forschung, dass von einer Interaktion zwischen der Zentrale und den Vollstreckern vor Ort auszugehen ist.¹²⁸

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie stabil der Führerkult – insbeson-

¹²⁵ Vgl. Saul Friedländer, *Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945*, München 2006; Richard J. Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 2, Mün-chen 2006; dazu Hans Mommsen, *Terror und Angst*, in: *Die Zeit*, November 2006, S. 17 f.

¹²⁶ Vgl. Christian Gerlach, *Die Wannseekonferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundentscheidung, alle Juden Europas zu vernichten*, in: *Werkstatt Geschichte*, 6 (1997), S. 7–44.

¹²⁷ Vgl. Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998, S. 26 f.; M. Broszat (Anm. 24), S. 127 ff.

¹²⁸ Vgl. Ulrich Herbert, *Die deutsche Militär-verwaltung in Paris und die Deportation der französi-schen Juden*, in: ders. (Anm. 11), S. 208.

dere mit dem Fortgang des Ostkrieges – ge-wesen ist. Zwar gelang es der Goebbels’schen Propaganda, die Person Hitlers als des „Füh-rers der Nation“ zur einer übermenschlichen Figur zu machen. Sie vermochte es, Attribute nationaler Identität auf dessen Person zu übertragen und alternative nationale Identifi-kationsmöglichkeiten abzublocken. Dadurch wurde die Figur Hitlers von der an der Partei, den Bonzen und der SS artikulierten Kritik unter der Formel „Wenn das der Führer wüsste“ von der Verantwortung für Niederla-gen, Verbrechen und Misstände ausgenom-men.

Gleichwohl beeinträchtigte der Krieg gegen die Sowjetunion seine Popularität, und sie ging in dem Maße zurück, in dem sich die militärischen Niederlagen nach Stalingrad häuften. Gleichwohl blieb der Führerkult ge-rade für diejenigen Funktionäre, die alle Brücken hinter sich abgebrochen sahen, bis zuletzt erhalten und erwies sich als wirksa-mes Mittel, um sie zum Durchhalten zu be-wegen.

„Gefälligkeitsdiktatur“?

Es ist indessen fragwürdig, die politische Tragfähigkeit der von Goebbels wirkungsvoll beschworenen „Volksgemeinschaft“ zu hoch zu bewerten. Es ist bezeichnend, dass die NS-Führung, wie Götz Alys Studie über „Hitlers Volksstaat“ eindrücklich zeigt,¹²⁹ die Belas-tungsfähigkeit der Bevölkerung vergleichs-weise gering einschätzte und sich scheute, den breiten Massen erhöhte Steuern aufzuer-legen. Das Regime war stattdessen bestrebt, durch die ökonomische und finanzpolitische Ausbeutung der besetzten Länder die mate-rielle Versorgung des Altreichs auf einem er-träglichen Niveau zu halten. Für diese bis zu-letzt durchgehaltene Politik besaßen die Er-fahrungen der Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg entscheidende Bedeutung. Um sich die Sympathien der Bevölkerung zu sichern, sorgte Martin Bormann dafür, dass die Ver-sorgung der Bombengeschädigten und der aus den bedrohten Grenzgebieten ausgesie-delten Bevölkerung ausschließlich bei der Partei bzw. der NS-Volkswohlfahrt lag, die in ihrem Auftrag tätig war.

¹²⁹ Vgl. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassen-krieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/M. 2005, S. 66 ff.

Detaillierte Regionalstudien wie jüngst Jill Stevensons Analyse von „Hitler’s Home Front“ in Württemberg zeigen jedoch eindrücklich, dass der Grad des innenpolitischen Konsenses bei den „Volksgenossen“ sehr geteilt war, auch wenn sie sich nach außen hin dem diktatorischen Regime unterwarfen, da es keine Möglichkeit gab, ihre Resistenz politisch zu artikulieren. Es ist bemerkenswert, dass die Württemberger zwischen ihrer Loyalität zu Hitler und ihrer Einstellung zur Partei und deren regionalen Repräsentanten klar differenzierten.¹³⁰ In kirchlichen Angelegenheiten, nicht zuletzt dem Religionsunterricht, aber auch im Hinblick auf die Agrarpolitik des Regimes bestand eine eindeutige Opposition. Diese Teildistanzierung ließ sich an anderen Regionen und Lokalstudien vielfältig bestätigen.¹³¹ Desgleichen ist das Ausmaß der Übereinstimmung mit der Politik des Regimes, von wenigen Höhepunkten wie den Siegen über Polen und Frankreich abgesehen, eher begrenzt. Es scheint daher angebracht, auf den Begriff der „Volksgemeinschaft“, der ja durch die Goebbels’sche Propaganda eingefärbt wurde, im analytischen Kontext zu verzichten.

Einige Schritte weiter ging Götz Aly in seinem kontrovers aufgenommenen Buch über „Hitlers Volksstaat“. Ausgehend von der Einsicht, dass die Erfahrungen des kriegswirtschaftlichen Systems im Ersten Weltkrieg die von Hitler und seinen Gefolgsleuten eingeschlagene Strategie maßgebend beeinflusst habe, betont er die Bestrebungen des Regimes, sich durch ökonomische Konzessionen die Sympathien der lohnabhängigen Bevölkerung zu sichern. Es ist unbestreitbar, dass die NS-Führungsgruppe gerade seit der Krise nach Stalingrad an der pseudosozialistischen Linie festhielt und sich gegen steuerliche Maßnahmen zu Ungunsten der unteren Bevölkerungsschichten wandte. Das sollte aber nicht zu der Ansicht führen, die NS-Sozialpolitik habe eine Einkommensumverteilung zugunsten der Unterschicht herbeigeführt, denn die Sozialpolitik des Regimes seit den 1930er Jahren hat trotz ihrer populistischen

Züge die Einkommensverhältnisse der Unterschicht im Verhältnis zur Lage von 1928 keineswegs verbessert. Neuere Untersuchungen zeigen, dass von einem durch die Politik des Regimes maßgeblich unterstützten ökonomischen Aufschwung trotz der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit keine Rede sein kann.¹³²

Aly ist so weit gegangen, den Unterdrückungscharakter des Regimes zu relativieren, und spricht von einer „Gefälligkeits-“ und „Zustimmungsdiktatur“.¹³³ Er stützt sich dabei auf die bis zum Beginn des Russlandkrieges günstig ausfallenden Meinungsumfragen. In seinem jüngsten Buch neigt er indes dazu, diese Ergebnisse zu relativieren.¹³⁴ Wie weit die Bevölkerung die Politik des Regimes, die materiellen Belastungen im Kriege möglichst niedrig zu halten, direkt und indirekt – nicht zuletzt durch öffentliche Versteigerung jüdischen Wohnungs- und Hauseigentums, aber auch durch materielle Vorteile für Familien, deren Väter eingezogen waren – mit dauerhafter Zustimmung honorierte, ist kaum verlässlich zu bestimmen.¹³⁵ Indessen wird man schwerlich zu weit gehen, wenn man feststellt, dass der Begriff „Zustimmungsdiktatur“ den Tatbestand verdeckt, dass die Loyalität großer, aber abnehmender Teile der Bevölkerung in erster Linie durch den direkten und indirekten Unterdrückungsapparat des Regimes und die Ausschaltung jeder freien Kommunikation bedingt war. Gerade in der Endphase des Krieges trat die massive terroristische Bedrohung auch der eigenen Bevölkerung offen zu Tage. Die verhängnisvolle Rolle der Justiz, die in den bei den Reichsverteidigungskommissaren

¹³⁰ Vgl. Jill Stevenson, *Hitler’s Home Front. Württemberg under the Nazis*, London 2006.

¹³¹ Exemplarisch: Hamburg im „Dritten Reich“, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, darin vor allem Frank Bajohr, *Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg*, S. 69–121.

¹³² Vgl. Ludolf Herbst, *Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft 1939–1943*, Stuttgart 1982, S. 207 ff.; Christoph Buchheim/Jonas Scherner, *Anmerkungen zum Wirtschaftssystem des „Dritten Reichs“*, in: Werner Abelshäuser u. a. (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus*, Essen 2003, S. 89–94; Christoph Buchheim, *Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933–1945*, in: *Historische Zeitschrift*, 282 (2006), S. 351–390.

¹³³ G. Aly (Anm. 29), S. 49, S. 333.

¹³⁴ Vgl. Götz Aly (Hrsg.), *Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2006, S. 130 ff.

¹³⁵ Vgl. Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997.

eingesetzten Sondergerichten offenen Widerstand gegen die offizielle Durchhaltepolitik mit massiven Sanktionen bestrafte, und das Tätigwerden von mehr oder weniger willkürlich urteilenden Standgerichten verwandelten nun auch das Altreich in ein großes Gefängnis.

Sicherlich wirkte noch immer der Hitlerkult nach, aber die lokalen und regionalen Parteiführer hielten sich nur noch mit der Androhung von Gewalt an der Macht. Der NS-Staat befand sich längst in der Auflösung, bevor er unter den harten Schlägen der alliierten Armeen endgültig zerfiel. Während sich Goebbels anschickte, die für den „Werwolf“ in hastig geschaffenen Ausbildungslagern zusammengezogenen HJ-Jungen für die Aufgabe zu trainieren, die „nationalsozialistische Idee“ auch nach dem bevorstehenden militärischen Zusammenbruch für die kommende Generation am Leben zu erhalten, zerbröckelten die letzten Reste des Großgermanischen Reiches.

Die klägliche Rolle, die Hitler dabei spielte, tritt in dem Maße, in dem sich das geschichtliche Interesse der Zusammenbruchphase zuwendet, immer mehr ins öffentliche Bewusstsein. Die öffentliche Ironisierung des Diktators, wie sie derzeit im Film und in den Medien hervortritt, scheint ein Indikator dafür zu sein, dass die Erklärungskraft der Person, die bislang wenig hinterfragt wurde, allmählich schwindet. In diesem Zusammenhang wird man sich an die Mahnung Martin Broszats erinnern, nicht „von den riesenhaften Wirkungen auf die Ursächlichkeit der Person“ Hitlers zu schließen.¹³⁶ Dies gilt umso mehr angesichts der Notwendigkeit, die Geschichte des Nationalsozialismus in den internationalen Zusammenhang zu stellen, was sich als zukünftige Aufgabe der Forschung stellt, nachdem die Entwicklung in den von Deutschland im Zweiten Weltkrieg besetzten oder von ihm abhängigen Ländern inzwischen weitgehend erschlossen worden ist.

¹³⁶ Vgl. M. Broszat (Anm. 24), S. 122 f.

Harald Welzer

Die Deutschen und ihr „Drittes Reich“

Die gesellschaftliche Wirklichkeit des „Dritten Reiches“ wird gewöhnlich durch das Prisma des Holocaust betrachtet. Der aber war erst das Ergebnis eines dramatisch beschleunigten gesellschaftlichen Wandlungsprozesses, und der Alltag des Nationalsozialismus sieht im Blick durch dieses Prisma eigentümlich statisch und hermetisch aus. Dabei vermochte die nationalsozialistische Gesellschaft eine ungeheure psychosoziale Energie und Dynamik bei ihren Mitgliedern gerade deshalb freizusetzen, weil das „Tausendjährige Reich“ von den meisten Deutschen als ein gemeinsames Projekt empfunden wurde, an dem man teilhaben wollte und auch durfte, sofern man die rassistisch definierten Kriterien dafür erfüllte.

Harald Welzer

Dr. phil., geb. 1958; Sozialpsychologe; Professor und Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research am Kulturwissenschaftlichen Institut, Postfach 102745, 45027 Essen.
harald.welzer@kwi-nrw.de

Ausgerechnet diese Gesellschaft hat bis heute keine klaren mentalitätsgeschichtlichen Konturen, was sich etwa anhand der in letzter Zeit intensiv diskutierten Frage zeigt, was die Deutschen vom Holocaust wussten und wie es um die Zustimmung zum Regime im Verlaufe seiner Herrschaft stand. Inzwischen zeichnet sich ab, dass diese Zustimmung in den Jahren nach 1933 bis zum Überfall auf die Sowjetunion kontinuierlich anwuchs, so dass es an der Zeit wäre, die gesellschaftliche Wirklichkeit des „Dritten Reiches“ als ein soziales Parallelogramm zu beschreiben, in dem sich die emotionale und materielle Lage der nichtjüdischen Deutschen in dem Maße verbesserte, wie sich die Situation der „Nichtarier“ verschlechterte – womit die Ausgrenzung der Juden, wie Peter Longerich argumentiert hat, nicht nur als Herrschaftszweck,